

MICHAEL ALBERTI

„NIEDERTRÄCHTIGE PERFIDIE, GEMEINE,  
UNERMESSLICHE GIER UND KALTE,  
BERECHNENDE GRAUSAMKEIT ...“

DIE „ENDLÖSUNG DER JUDENFRAGE“  
IM REICHSGAU WARTHELAND\*

„[...] Geholt hatte man uns vom Greis bis zum Säugling zwischen den Städtchen Kolo [Wartbrücken] und Dąbie [Dombie], man schleppte uns in den Wald, dort hat man uns vergast [...], erschossen und verbrannt. [...] Noch einmal bitten wir um Verkündigung dieses Mordes in der ganzen Welt an jede Redaktion. Dies schrieben die letzten Juden, die hier umkamen [...].“<sup>1</sup>

Mit diesen Worten beschrieb ein Mitglied des 47-köpfigen jüdischen Aufräumkommandos im Vernichtungslager Kulmhof den letzten Akt der Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland. Er gehörte Mitte Januar 1945 zu den vermutlich letzten jüdischen Mordopfern der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft auf diesem Territorium.

Als die deutschen Truppen im September 1939 in Polen einmarschierten, konnten sich die meisten Juden eine solche Entwicklung nicht vorstellen. Die bis 1940 in Konin wohnende Felunia Fishkin berichtete nach dem Krieg über die Erwartungen, die viele Juden angesichts der Erfahrungen im Ersten Weltkrieg beim Einmarsch der deutschen Truppen hegten:

---

\* Der Aufsatz beruht auf MICHAEL ALBERTI, Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945, Wiesbaden 2006. Es wurde hier jedoch zum einen Literatur berücksichtigt, die seit Fertigstellung des Buchmanuskripts erschienen ist, zum anderen wurden Details ausführlicher beleuchtet, wie etwa die Klärung, wieviele Juden im Dezember 1939 aus dem Warthegau in das GG deportiert wurden. Ebenso fanden bisher nicht verwendete Quellen und Zitate Eingang in diesen Aufsatz.

<sup>1</sup> Chelmno/Kulmhof. Ein vergessener Ort des Holocaust?, hg. v. MANFRED STRUCK, Bonn, Berlin 2001, S. 147 f. (Faksimile mit deutscher Übersetzung). Vgl. auch das Testament der letzten Häftlinge im Lager Kulmhof, abgedr. in: ebd., S. 129–143.

„Mutter erinnerte sich an die Deutschen im Ersten Weltkrieg – kultivierte Menschen. Sie hielt es nicht für möglich, dass die Deutschen den Juden etwas Schlimmes antun würden. Sie konnte es sich einfach nicht vorstellen.“<sup>2</sup>

Tatsächlich aber waren die folgenden fünfeinhalb Jahre deutscher Besatzung von bis dato nicht bekannten Exzessen und Brutalität gegenüber der jüdischen Bevölkerung, einer völligen Entrechtung, neuartigen Terrorinstrumenten – wie etwa der Ghettoisierung – und einem unerhörten Ausrottungsfeldzug gegen eine Bevölkerungsgruppe gekennzeichnet. Lebten bei Kriegsbeginn etwa 435.000 Juden auf dem Territorium des späteren Warthegaus,<sup>3</sup> so waren es fünfeinhalb Jahre später, im Januar 1945, als die deutsche Besatzung durch die erfolgreiche Offensive der Roten Armee beendet wurde, nur noch knapp über 900, die auf dem Terrain des ehemaligen Ghettos Litzmannstadt das Kriegsende überlebten. Darüber hinaus überlebten zwei Juden das Vernichtungslager in Kulmhof.<sup>4</sup>

### Herbst 1939

Dass der Kriegsbeginn 1939 eine gänzlich andere Besatzungspolitik mit sich bringen würde als die Jahre 1915 bis 1918, das mussten wohl alle jüdischen Gemeinden in Polen bereits in den ersten beiden Monaten der Besetzungsverwaltung erfahren, in denen noch die Wehrmacht die Verantwortung für das Geschehen trug. Tagelange Terrorkampagnen gegen Juden und Einschüchterungsaktionen, wie etwa der bekannte Fall der Kleinstadt Leslau in Kujawien (im Norden des späteren Warthegaus gelegen), wo am 22. September 1939 die SS-Totenkopfstandarte Brandenburg unter ihrem Kommandeur Paul Nostitz mit der Drangsalierung der jüdischen Bevölke-

---

<sup>2</sup> Aussage Felunia Fishkin, ehemals Konin, 1987, abgedr. in: THEO RICHMOND, Konin. Auf der Suche nach der Stadt meiner Eltern, München 1997, S. 389.

<sup>3</sup> ALBERTI, Verfolgung (Anm. \*), S. 33 f. Ich benutze im Folgenden der Einfachheit halber den Begriff „Warthegau“, der auch im damaligen Sprachgebrauch vielfach an Stelle des offiziellen Namens „Reichsgau Wartheland“ verwendet wurde.

<sup>4</sup> Kripostelle Litzmannstadt, Ghettokommissariat, Vierteljahresbericht v. 18.12.1944, in: APL, 203/63, Bl. 1; LUCJAN DOBROSZYCKI, Introduction, in: The Chronicle of the Lódz Ghetto, 1941–1944, hg. v. DERS., New Haven, London 1984, S. IX–LXVII, hier LXV, Anm. 168; JAKUB POZNAŃSKI, Pamiętnik z getta łódzkiego, Lódz 1960, S. 266–272, Einträge für den 14.–20.1.1945. Die zwei jüdischen Häftlinge Mordek Żurawski und Szymon Srebnik konnten Mitte Januar 1945 aus Kulmhof entkommen, als die Deutschen sie kurz vor dem Einmarsch der Roten Armee ermorden wollten. Vgl. die beiden Zeugen-aussagen in: AIPN, 224/66, Bl. 25.

rung begann, bei der es auch zahlreiche Tote gab, waren gängige Praxis.<sup>5</sup> Neben Angehörigen von Himmlers SS- und Polizeiformationen<sup>6</sup> waren in hohem Maße auch Einheiten der Wehrmacht an der Ermordung von Zivilisten beteiligt.<sup>7</sup> Neben dem weit verbreiteten Antisemitismus in der deutschen Wehrmacht und der Vorstellung, einer minderwertigen Gesellschaft gegenüberzustehen,<sup>8</sup> standen diese Tötungswellen auch im Zusammenhang mit einer verzerrten Wahrnehmung der deutschen Soldaten, der zufolge Heckenschützen und Franktireure die Wehrmacht aus dem Hintergrund angreifen würden. Vor allem die Ostjuden stellten angeblich eine Bedrohung für die deutschen Truppen dar.<sup>9</sup> Wenn auch Juden *per se* anfangs nicht im Fokus der deutschen Besatzer standen (Vorrang hatte die möglichst schnelle Ausschaltung der polnischen Führungsschicht), so lässt sich doch leicht nachvollziehen, dass diese angesichts solch weit verbreiteter antisemitischer Vorurteile bei jeder sich bietenden Gelegenheit das Ziel der deutschen Okkupationsmacht, sei es durch Angehörige der Wehrmacht, der Einsatzgruppen, der Zivilverwaltung, des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps oder anderer NS-Formationen, waren:

---

<sup>5</sup> MARTIN CÜPPERS, Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer-SS und die Judenvernichtung 1939–1945, Darmstadt 2005, S. 34 u. 36; KONRAD KWIET, Erziehung zum Mord. Zwei Beispiele zur Kontinuität der deutschen „Endlösung der Judenfrage“, in: Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup, hg. v. MICHAEL GRÜTTNER/ RÜDIGER HACHTMANN/ HEINZ-GERHARD HAUPT, Frankfurt/M., New York 1999, S. 441 ff. Vgl. auch die Schilderung eines Exzesses gegen Juden in der Kleinstadt Turek am 30.10.1939, in: Bericht Kommandeur Wehrkreis XXI/Posen, 23.11.1939, abgedr. in: Położenie ludności polskiej w tzw. Kraju Warty w okresie hitlerowskiej okupacji. Wybór źródeł, hg. v. CZESŁAW ŁUCZAK, Poznań 1990, S. 8 f., hier S. 9.

<sup>6</sup> Zur Ordnungspolizei vgl. KLAUS-MICHAEL MALLMANN, „.... Mißgeburten, die nicht auf diese Welt gehören“. Die deutsche Ordnungspolizei in Polen 1939–1941, in: Genesis des Genozids. Polen 1939–1941, hg. v. DERS./ BOGDAN MUSIAL, Darmstadt 2004, S. 71–89. Zur Waffen-SS vgl. MARTIN CÜPPERS, „.... auf eine so saubere und anständige SS-mäßige Art“. Die Waffen-SS in Polen 1939–1941, in: ebd., S. 90–110.

<sup>7</sup> JOCHEN BÖHLER, Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt/M. 2006; DERS., „Tragische Verstrickung“ oder Auftakt zum Vernichtungskrieg? Die Wehrmacht in Polen 1939, in: MALLMANN/ MUSIAL (Anm. 6), S. 40–47; RYSZARD MIK, Zbrodnie Wehrmachtu w Łódzkiem, in: BOKBZHwŁ 1 (1989), S. 7–11; RYSZARD ROSIN, Zbrodnie Wehrmachtu w Sieradzkiem (1 września–25 października 1939 r.), in: BOKBZHwŁ 3 (1994), S. 7–16.

<sup>8</sup> BÖHLER, Auftakt (Anm. 7), S. 42–53.

<sup>9</sup> MICHAEL WILDT, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002, S. 437 f. Hier wirkte auch die jahrelange Indoctrination der Soldaten durch die Wehrmachtshauptleitung mit nationalsozialistischer Propaganda nach, die schließlich noch durch entsprechende, zum Teil völkerrechtswidrige Weisungen verstärkt wurde, BÖHLER, Auftakt (Anm. 7), S. 33–41.

„Und dann haben wir [in Kalisch] tüchtig unter den Juden aufgeräumt; gekeilt haben wir, dass mir beide Hände noch heute wehtun. [...] Rabbinerbärte haben wir zu Dutzenden abgeschnitten, und wenn sie uns heute sehen, flitzen sie wie die Wilden, denn wir holen sie zu jeder Arbeit heran.“<sup>10</sup>

So gab es von Beginn an auch gezielte Exzesstaten gegen Angehörige der jüdischen Minderheit, die nicht auf Befehlen beruhten. Sie waren eine Folge der allgemeinen Verrohung, die sich mit dem weit verbreiteten Antisemitismus zu einer gefährlichen Mischung verband.

Eine weitere Steigerung des deutschen Terrors manifestierte sich in der Verhaftung, Abschiebung und auch Ermordung von Zehntausenden Angehörigen der gesellschaftlichen Elite Polens in den ersten Monaten der Besatzung, ein Ziel, das Hitler bereits vor Kriegsbeginn klar und deutlich formuliert hatte, da dieses für ihn eine der Voraussetzungen zur Sicherung des neuen deutschen Lebensraumes darstellte.<sup>11</sup> Bis zum Ende der Militärverwaltung wurden auf dem Territorium des späteren Warthegaus etwa 10.000 Menschen von den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD und Einheiten der Waffen-SS ermordet. Morde an Juden geschahen zwar meist im Rahmen von pogromartigen Ausschreitungen oder so genannten Vergeltungsaktionen, doch da ein kleiner Teil der jüdischen Bevölkerung von den deutschen Besatzern ebenfalls zur Intelligenz gezählt wurde, wurden auch einige Hundert Juden Opfer dieses ersten gezielten Massenmords im Zweiten Weltkrieg.<sup>12</sup>

<sup>10</sup> Auszug aus einem Brief von Richard Z., als Truppführer des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps zu Polizeihilfsdiensten in Polen eingesetzt, an seinen Bruder, 5.11.1939, abgedr. in: Deutscher Osten 1939–1945. Der Weltanschauungskrieg in Photos und Texten, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ VOLKER RIESS/ WOLFRAM PYTA, Darmstadt 2003, S. 13.

<sup>11</sup> Vor allem in zwei Reden vor den höchsten Vertretern der Wehrmacht am 23.5. und am 22.8.1939 machte Hitler seine Absichten deutlich, vgl. IMG, Bd. 37, S. 546-556, Dok. 079-L; ADAP, Serie D (1937–1945), Bd. 7, Baden-Baden 1956, S. 171 f., Dok. 193. Aber auch während des Polenfeldzuges und für das Jahr 1940 lassen sich Äußerungen Hitlers zu seinen Zielen finden. Vgl. die entsprechenden Dokumente in: Hitlerowskie „prawo“ okupacyjne w Polsce, Teil 2: Generalna Gubernia. Wybór dokumentów i próba syntez, hg. v. KAROL MARIAN POSPIEŻALSKI, Poznań 1958, S. 27–35. Zum Teil noch deutlicher äußerten sich später auch Himmler und Heydrich, vgl. HELMUT KRAUSNICK, Hitler und die Morde in Polen. Ein Beitrag zum Konflikt zwischen Heer und SS um die Verwaltung der besetzten Gebiete, in: VfZ 11 (1963), Nr. 2, S. 196–209.

<sup>12</sup> Czesław Łuczak, Pod niemieckim jarzmem. Kraj Warty 1939–1945, Poznań 1996, S. 16–19 u. 43. Für das Lodzer Gebiet vgl. die Beiträge in: Eksterminacja inteligencji Łodzi i okręgu łódzkiego 1939–1940, hg. v. ANTONI GALIŃSKI/ MAREK BUDZIAREK, Łódź 1992. Ein guter Überblick zu den ersten Verbrechen auf dem Territorium des Warthegaus im September/Oktober 1939 bei: HEINRICH SCHWENDEMANN/ WOLFGANG DITSCHE, Hitlers Schloß. Die „Führerresidenz“ in Posen, Berlin 2003; S. 75–84. Zu den Einsatzgruppen vgl. KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ JOCHEN BÖHLER/ JÜRGEN MATTHÄUS, Einsatzgruppen in

### Zivil- und Besatzungsverwaltung

Diese von Beginn an beispiellos harte und mörderische Herrschaftsausübung in den annexierten polnischen Gebieten mit dem Ziel der totalen „Germanisierung“ sollte durch die Einsetzung bewährter Nationalsozialisten an der Spitze der Zivilverwaltungen, die Hitler persönlich vornahm, fortgesetzt und gewährleistet werden.<sup>13</sup> Gleichermaßen galt auf Seiten der SS- und Polizeiverwaltung durch Himmler. Der Warthegau war dabei schon alleine von seiner Größe her „ein Kernraum im Hinblick auf die eingegliederten Gebiete“, die nach nationalsozialistischen Idealvorstellungen umgestaltet werden sollten.<sup>14</sup> So war es kein Wunder, dass in dem neuen Reichsgau von den ersten Kriegstagen an alle Sparten der Zivil- und Polizeiverwaltung, die Parteiorganisationen sowie die Wehrmacht an der Verfolgung und später auch – mit Ausnahme der Wehrmacht – an der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung beteiligt waren. An der Spitze der Zivilverwaltung stand seit 10. September 1939 Reichsstatthalter und Gauleiter Arthur Greiser, ein Polen- und Judenhasser *par excellence*, der den Ehrgeiz hatte, „den Warthegau zu einem Mustergau des Reiches zu machen“.<sup>15</sup>

Greiser, 1897 in der damaligen Provinz Posen geboren und geprägt vom „Volkstumskampf“, ging sofort daran, sein neues Herrschaftsgebiet mit größter Rücksichtslosigkeit zu „germanisieren“, um die Vorgaben Hitlers so schnell wie möglich zu erfüllen. Nicht zuletzt, weil Greiser und Himmler ähnlich radikale Ansichten vertraten, kooperierten SS und Polizei (mit dem Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) Posen Wilhelm Koppe an der Spitze) sowie die Zivilverwaltung – anders als zum Beispiel im Reichsgau Danzig-Westpreußen und im Generalgouvernement (GG) – im Warthegau

---

Polen. Darstellung und Dokumentation, Darmstadt 2008. Zur Waffen-SS vgl. CÜPPERS (Anm. 6).

<sup>13</sup> MARTIN BROSZAT, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961, S. 26.

<sup>14</sup> ARTHUR GREISER, Der Aufbau im Osten, Jena 1942 (Vortrag von Gauleiter Greiser vor dem Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel am 10.6.1942), S. 4. Zur Volkstumspolitik im Warthegau vgl. LUCZAK, Kraj Warty (Anm. 12) u. SCHWENDEMANN/DIETSCH, Hitlers Schloß (Anm. 12), S. 85–106.

<sup>15</sup> ARTHUR GREISER, Schmelzriegel Warthegau. Wege der Neubesiedlung im Osten, in: Das Reich, Nr. 22, 20.10.1940. Zu Greiser vgl. IAN KERSHAW, Arthur Greiser. Ein Motor der „Endlösung“, in: Die braune Elite, Bd. 2: 21 weitere biographische Skizzen, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING/ RAINER ZITELMANN, Darmstadt 1993, S. 116–126, bes. S. 123 f. u. CZESLAW ŁUCZAK, Arthur Greiser. Hitlerowski władca w Wolnym Mieście Gdańskim i w Kraju Warty, Poznań 1997, bes. S. 82–90.

eng miteinander.<sup>16</sup> Im Zweifelsfall gab allerdings Greiser die Richtung vor. Auf Seiten der Wehrmacht war zunächst die kämpfende Truppe an Ausschreitungen, Demütigungen und Morden beteiligt. Später war sie in Gestalt der Rüstungsinspektion Posen und des Rüstungskommandos Litzmannstadt ein maßgeblicher Profiteur der Ausbeutung der Juden im Ghetto Litzmannstadt.<sup>17</sup>

### Entrechung, Isolierung und Zwangsarbeit

Neben Mord, Terror und Einschüchterung waren Beraubung, Entrechung, Isolierung und Heranziehung der jüdischen Bevölkerung zu Zwangsarbeiten weitere Charakteristika der zielgerichteten antijüdischen Politik im Warthegau. Jüdische Zwangsarbeiter waren schon unter der Militärverwaltung ein weit verbreiteter Anblick in den polnischen Ortschaften und in der Landwirtschaft. Die in der Anfangszeit oft willkürlichen Ergreifungen von Juden zu Arbeiten aller Art wurden bis Mitte 1941 nach und nach in ein geregeltes System der Zwangsarbeit in den Ghettos und Zwangsarbeitslagern für Juden überführt.<sup>18</sup> Die Entrechung und Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung – auch auf dem Verordnungs- und Gesetzeswege – war dagegen schon im Frühjahr 1940 weitgehend abgeschlossen. Was in Deutschland, Österreich und in der Tschechoslowakischen Republik sechs Jahre gedauert hatte, wurde in Polen unter den Bedingungen des Krieges innerhalb von wenigen Monaten und wesentlich radikaler vollzogen.<sup>19</sup> Auch die Zerstörung der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen war bis dahin bereits weit fortgeschritten, sei es durch Verbote der beruflichen Tätigkeit oder durch Beraubung. Vielerorts zunächst planlos,<sup>20</sup> wurde der Raub jüdi-

<sup>16</sup> RUTH BETTINA BIRN, *Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten*, Düsseldorf 1986, S. 196. Das galt insbesondere bei der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung: ALBERTI, *Verfolgung* (Anm. \*), S. 452–458.

<sup>17</sup> Vgl. z. B. Rüstungsinspektion XXI, *Geschichte des Kriegseinsatzes der Rüstungsinspektion XXI*, 1.10.–31.12.1941, BA-MA, RW 20-21/11, unpag., S. 33 ff.; *Kriegstagebuch Rüstungskommando Litzmannstadt*, 1.10.–31.12.1943, BA-MA, RW 21-39/5, Bl. 61.

<sup>18</sup> Zur Zwangsarbeit unter der Militärverwaltung vgl. TATIANA BERENSTEIN/ ADAM RUTKOWSKI, *Prześladowanie ludności żydowskiej w okresie hitlerowskiej administracji wojskowej na okupowanych ziemiach polskich (1.9.–25.10.1939 r.)*, Teil 1 in: BŻIH 38 (1961), S. 3–38, Teil 2 in: BŻIH 39 (1961), S. 79–86. Für die Zeit bis 1941 vgl. ALBERTI, *Verfolgung* (Anm. \*), S. 124–126. „Man habe für die Hackfrüchterte Juden heranziehen müssen, die nunmehr auch evakuiert werden.“ UWZ Posen, 11.1.1940, Bericht über die Besprechung am 11. Januar 1940 10 Uhr, AIPN, 68/146, Bl. 3.

<sup>19</sup> ALBERTI, *Verfolgung* (Anm. \*), S. 98–126.

<sup>20</sup> Vgl. z. B. den Bericht von Chiel Maczak aus Bełchatów, abgedr. in: *Życie i zagłada Żydów polskich 1939–1945. Relacje świadków*, hg. v. MICHAŁ GRYNBERG/ MARIA KOTOWSKA, Warszawa 2003, S. 463 f.

schen (und polnischen) Eigentums nach dem Ende der Militärverwaltung durch die Hermann Göring unterstehende Haupttreuhandstelle Ost und die Stellen des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums (RKF) in Form von koordiniert und gezielt durchgeführten Beschlagnahmungen weitergetrieben.<sup>21</sup> Für viele Angehörige der Besatzungsverwaltung, wie den Litzmannstädter Polizeipräsidenten Karl-Wilhelm Albert, war das ein selbstverständlicher Vorgang:

„In verständnisvoller Arbeit mit der Stadtverwaltung und der Haupttreuhandstelle Ost wurden hier [in Litzmannstadt] im Laufe der letzten Monate Millionen von Waren, die nicht griffbereit lagen, sondern versteckt aufbewahrt wurden, zugunsten des Reiches sichergestellt. Nicht unerwähnt möge die Tatsache bleiben, dass es den [Kriminal-]Beamten [...] gelungen ist, verborgene Wertobjekte in Form von Edelsteinen, Uhren und Goldsachen im Werte von mehreren Millionen Reichsmark sicherzustellen.“<sup>22</sup>

Die Beschlagnahmungen und die Verkaufserlöse aus jüdischem und polnischem Eigentum dienten jedoch nicht nur der persönlichen Bereicherung und zur Bestandsmehrung für das Deutsche Reich, sondern waren auch ein wichtiges Instrumentarium, um die umgesiedelten „Volksdeutschen“ zu „entschädigen“ und deren Ansiedlung für das Deutsche Reich „kostenneutral“ zu gestalten.<sup>23</sup> Daneben kamen die Gelder Greisers offizieller Gaukasse, seinen „schwarzen“ Kassen und den Amtskassen zugute.<sup>24</sup> Zahl-

---

<sup>21</sup> Rechenschaftsbericht der Haupttreuhandstelle Ost über ihre Tätigkeit in den Jahren 1939–1942, o. D. [1942], abgedr. in: Grabieże polskiego mienia na ziemiach zachodnich Rzeczypospolitej „wcielonych“ do Rzeszy 1939–1945. Wydawnictwo źródłowe, hg. v. CZESŁAW ŁUCZAK, Poznań 1969, S. 42–331, bes. S. 42–51.

<sup>22</sup> KARL-WILHELM ALBERT, Unser Kampf gegen das Chaos, in: Die deutsche Polizei 9 (1941), S. 41.

<sup>23</sup> RKF, Stabshauptamt, Tätigkeitsbericht von Ende 1942, o. D.: „Im Wesentlichen wurde die Wiederausiedlung der Umsiedler durch entschädigungslose Verwertung früher fremdvölkischen Vermögens – also ohne Inanspruchnahme von Reichsmitteln – finanziert“, BAB, R 49/26, Bl. 39; vgl. PAUL BATZER, Wirtschaftsaufbau im Warthegau, in: Die Deutsche Volkswirtschaft 10 (1941), S. 1118.

<sup>24</sup> Aktenvermerk v. 12.1.1940 über Greisers Besuch am 11.1.1940 im Amt des Reichsschatzmeisters der NSDAP in München. Einen Teil der Gelder stellte Greiser der SA und der SS zur Verfügung, BAB, Parteikorrespondenz Arthur Greiser (ehem. Berlin Document Center), abgedr. in: Archives of the Holocaust. An International Collection of Selected Documents, Bd. 11/1: Berlin Document Center, Part 1, hg. v. HENRY FRIEDLANDER/ SYBIL MILTON, New York, London 1992, S. 272–275; Tätigkeitsbericht der Reichsfinanzverwaltung – Dienstzweig Steuer – im Reichsgau Wartheland, Manuskript, o. D. [vermutl. Januar 1942], BAB, 21.01 (jetzt: R 2)/B 6169, Bl. 343. Greiser verfügte z. B. über ein spezielles Konto bei einer Posener Bank, das unter dem Namen „Verein der Freunde des Warthegaus“ lief. Auf dieses Konto wurden immer wieder Erlöse aus dem Judenmord überwiesen, ALBERTI, Verfolgung (Anm. \*), S. 453. Daneben gab es noch weitere Sonder-

reiche „volksdeutsche“ Kreditinstitute und später die Ableger bekannter reichsdeutscher Kreditinstitute, wie etwa die Deutsche Bank, die Commerzbank oder die Dresdner Bank, arbeiteten dabei eng mit den deutschen Zivilbehörden im Warthegau zusammen.<sup>25</sup> Während sich das Deutsche Reich somit auf der einen Seite um einen dreistelligen Millionenbetrag bereicherte, hatte auf der anderen Seite die Zerstörung der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen für die Juden fatale Folgen. Schon zur Jahreswende 1939/40 waren viele jüdische Gemeinden nicht mehr in der Lage, selbst für ihre Ernährung aufzukommen, und gerieten in eine fatale Abhängigkeit von den lokalen deutschen Behörden.<sup>26</sup> Solange die deutschen Machthaber davon überzeugt waren, dass dieses vermeintliche „Zuschussgeschäft“ durch die Deportation aller Juden in das GG rasch beendet sein würde, führte dieser Zustand allerdings noch zu keinem weiteren Radikalisierungsschub in der antijüdischen Politik.

### Deportationen

Konkrete Planungen zur Deportation der jüdischen Bevölkerung aus den eingegliederten polnischen Gebieten gab es bei Kriegsbeginn nicht.<sup>27</sup> Erst ab Mitte September 1939 kursierten in Berlin erste Umsiedlungspläne.<sup>28</sup> Nach der Vertreibung, Inhaftierung und Ermordung der polnischen Füh-

---

konten Greisers, vgl. INGO LOOSE, Die Beteiligung deutscher Kreditinstitute an der Vernichtung der ökonomischen Existenz der Juden in Polen 1939–1945, in: Die Commerzbank und die Juden 1933–1945, hg. v. LUDOLF HERBST/ THOMAS WEIHE, München 2004, S. 233 f. Was mit den Geldern letztendlich geschehen ist, bedarf noch der Aufklärung.

<sup>25</sup> LOOSE, Beteiligung (Anm. 24), S. 233–235, 245–247; Allein in Litzmannstadt konnten deutsche Kreditinstitute im Frühjahr/Sommer 1940 über zehn Millionen Reichsmark aus jüdischem Besitz verwerten. Zu den Weichenstellungen für diese Beschlagnahmungspolitik auf dem Verordnungswege vgl. ebd., S. 238–240.

<sup>26</sup> Zum Beispiel Antrag des Judenrats Belchatów auf Bezuschussung durch das AJJDC, o. D. [vermutl. Februar oder März 1940], AŽIH, AJJDC 395, Bl. 6, und weitere entsprechende Korrespondenzen jüdischer Gemeinden im Warthegau mit dem AJJDC in Warschau (vgl. die entsprechenden Dokumente im Bestand AJJDC im AŽIH).

<sup>27</sup> „Judenabschiebung nach dem Osten ist noch ungeklärt“, Niederschrift über eine am 10.9.1939 stattgefundene Besprechung zwischen Mitgliedern des Stabes des AOK 8 und des Chefs der Zivilverwaltung Posen, APP, 298/0/57, Bl. 5; CHRISTOPHER BROWNING, Die Entfesselung der „Endlösung“, Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942. Mit einem Beitrag von JÜRGEN MATTHÄUS, München 2003, S. 49 f.

<sup>28</sup> Vermerk über eine Amtschefbesprechung am 14.9.1939 in Berlin, 15.9.1939, BAB, R 58/825, Bl. 11, dito am 21.9.1939 u. 27.9.1939, abgedr. in: KAZIMIERZ RADZIWOŃ-CZYK, „Akcia Tannenberg“ grup operacyjnych Sipo i SD w Polsce jesienią 1939 r., in: Przegląd Zachodni 22 (1966), Nr. 5, S. 111–113.

rungsschicht war die geplante Umsiedlung aller so genannten Fremdvölker aus dem Warthegau die nächste Stufe der „Germanisierung“, „um diesen Raum von Grund auf neu zu gestalten und ihm für alle Zeiten sein altes deutsches Gesicht wiederzugeben“.<sup>29</sup> Dieses Ziel sollte durch die gleichzeitige staatlich gelenkte Ansiedlung von „Volksdeutschen“ aus Osteuropa erreicht werden.

Himmlers ehrgeiziger Zeitplan von Ende Oktober 1939 in seiner neuen Rolle als RKF sah vor, neben einem Teil der polnischen Bevölkerung, die jüdische Bevölkerung bereits in Gänze aus den annexierten polnischen Westgebieten in das GG zu deportieren. Spätestens mit der Ankunft der ersten „Volksdeutschen“ aus dem Baltikum richtete sich die Auswahl und die Anzahl der zu deportierenden Juden und Polen in den kommenden „Nah- und Zwischenplänen“ der Jahre 1939 bis 1941 aber vor allem nach den Bedürfnissen der anzusiedelnden „Volksdeutschen“, wenn auch versucht wurde, die politische Komponente, das heißt die Vertreibung der noch lebenden Angehörigen der Intelligenz und aller Juden, in die Umsiedlungspläne zu integrieren.<sup>30</sup>

Die Deportationen knüpften mit ihren menschenverachtenden Begleitumständen nahtlos an die ersten Wochen der deutschen Besatzung an.<sup>31</sup> Dies lag auch daran, dass der „1. Nahplan“ eher improvisiert und chaotisch abließ, lag doch die Anordnung aus Berlin für dessen Durchführung erst am 28. November 1939, also vier Tage vor dem geforderten Beginn, in Posen vor, so dass die Stellen im Warthegau „gar keine organisatorischen Voraussetzungen für diese Umsiedlung hatten“.<sup>32</sup> Gleiches galt aller-

---

<sup>29</sup> ULRICH GREIFELT, Festigung deutschen Volkstums in den Ostgebieten, in: Deutsche Verwaltung 17 (1940), S. 17.

<sup>30</sup> HSSPF Posen, Geheimes Rundschreiben, Abschiebung von Juden und Polen aus dem Warthegau, 12.11.1939, AIPN, 68/99, Bl. 1 f.: „Ziel der Abschiebung ist: a) die Säuberung und Sicherung der neuen deutschen Gebiete, b) die Schaffung von Wohnungen und Erwerbsmöglichkeiten für die einwandernden Volksdeutschen. Diesen Zielen muss die Evakuierungsaktion unbedingt entsprechen, grundsätzlich ohne Rücksicht auf alle Belange sonstiger Art“; GÖTZ ALY, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995, S. 46.

<sup>31</sup> Zu den Umständen der Deportationen vgl. MICHAEL ALBERTI, „Exerzierplatz des Nationalsozialismus“. Der Reichsgau Wartheland 1939–1941, in: Genesis des Genozids (Anm. 6), S. 116 f.

<sup>32</sup> GREISER, Aufbau, S. 14; HSSPF Posen, 26.1.1940, Erfahrungsbericht über die Umsiedlung von Polen und Juden aus dem Reichsgau Wartheland v. 26.1.1940, BAB, R 75/5, Bl. 3, dort auch Näheres zu den chaotischen Umständen, Bl. 4; zum „1. Nahplan“ vgl. PHILLIP T. RUTHERFORD, „Absolute Organizational Deficiency“. The 1. Nahplan, of December 1939 (Logistics, Limitations, and Lessons), in: CEH 36 (2003), Nr. 2, S. 235–273. Leider unterlässt Rutherford den Versuch, die offiziellen Zahlen zu verifizieren und die Transporte nach polnischen und jüdischen Deportierten zu entschlüsseln; vgl. zu

dings auch für die Behörden im GG. Daher „war das Ergebnis entsprechend katastrophal“.<sup>33</sup> „Tatsächlich“, so stellte ein Mitarbeiter der Volksdeutschen Mittelstelle im Februar 1940 fest, könne man „grauenhafte Zustände in den Evakuiertenlagern des Gouvernements feststellen“.<sup>34</sup>

Diese Zustände wurden auch durch Überfüllung in den Evakuiertenlagern verursacht, da fast alle der offiziell 80 Transportzüge überbelegt waren und wesentlich mehr als die jeweils vereinbarten 1.000 Menschen pro Zug enthielten. Daher übertrafen die deutschen Besatzer ihr ursprüngliches Ziel von 80.000 zu deportierenden Menschen und transportierten im Rahmen des „1. Nahplans“ vom 1. bis zum 17. Dezember 1939 offiziell 87.883 Menschen in das GG.<sup>35</sup> Tatsächlich waren es aber noch mehr: Denn zu den offiziellen Transporten kam noch eine erhebliche Anzahl „illegaler“ Transporte und „wilder“ Vertreibungen mit Lastkraftwagen und Fußtrecks, nicht nur aus dem Warthegau, so dass nach einer Berechnung der Hauptabteilung Innere Verwaltung im GG 134.460 Polen und Juden in dieser Zeit dort ankamen.<sup>36</sup>

Die in der Literatur immer wieder herangezogene Zahl von offiziell 87.883 deportierten Personen im Rahmen des „1. Nahplans“ ist also mit Vorsicht zu betrachten. So heißt es beispielsweise in einem Bericht des Leiters der Umwandererzentralstelle Litzmannstadt, Hermann Krumey, dass vom 1. bis zum 17. Dezember 82 Transportzüge abgegangen seien.<sup>37</sup> In anderen Dokumenten ist ansonsten immer nur von 80 Transporten die Rede.<sup>38</sup> Auch durch andere Zahlen wird diese Gesamtzahl zumindest in Zweifel gezogen: In einem Dokument, das die Zahl der Deportierten nach Kreisen aufschlüsselt, heißt es, dass aus Kalisch 8.850 Personen deportiert

---

den chaotischen Umständen auch den oben genannten Erfahrungsbericht des HSSPF Posen v. 26.1.1940.

<sup>33</sup> Vermerk v. 12.1.1940 über eine Besprechung am 9.2.1940 beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei Krakau, BAB, NS 26/1292, unpag.; Verfasser unbekannt. Wie wichtig allerdings diese ersten Erfahrungen bei den Deportationen für die späteren Organisatoren der „Endlösung“ waren, betont zu Recht RUTHERFORD, The 1. Nahplan (wie Anm. 32), S. 238.

<sup>34</sup> Volksdeutsche Mittelstelle Posen, Abt. Presse, Protokoll über die Besprechung der Abteilungsleiter v. 16.2.1940, undatiert, APP, VoMi 23, Bl. 94.

<sup>35</sup> HSSPF Posen, Erfahrungsbericht (wie Anm. 32), Bl. 3.

<sup>36</sup> GERHARD EISENBLÄTTER, Grundlinien der Politik des Reichs gegenüber dem Generalgouvernement, 1939–1945, Diss. phil. Frankfurt/M. 1969, S. 182.

<sup>37</sup> Bericht UWZ Litzmannstadt v. 18.10.1940, AIPN, 169/16, Bl. 128; Es ist anzunehmen, dass Krumey noch zwei „illegal“ Transporte in seine Gesamtzahl aufgenommen hat.

<sup>38</sup> Vgl. zum Beispiel den Erfahrungsbericht des HSSPF Posen v. 18.12.1939, abgedr. in: BGKBZHwP 12 (1960), S. 22 f.

wurden.<sup>39</sup> Tatsächlich geht aus anderen – meines Erachtens zuverlässigeren – Quellen aber hervor, dass von dort mindestens 9.729 Juden abtransportiert wurden.<sup>40</sup> Es ließen sich noch weitere Beispiele anführen.

Wie viele Juden im Rahmen des „1. Nahplans“ mit den „regulären“, also angemeldeten Transporten deportiert wurden, lässt sich nicht exakt feststellen. Es waren aber mindestens 27.333.<sup>41</sup> Auch für den „Zwischenplan“, der im Februar und März 1940 umgesetzt wurde, liegen keine exakten Zahlen vor. Lediglich für die Transporte in den Distrikt Krakau des GG ist bekannt, dass dorthin 2.018 Juden deportiert wurden.<sup>42</sup> Wie viele Juden in den Distrikt Radom gelangten (in die Distrikte Warschau und Lublin wurden im Rahmen des „Zwischenplans“ keine Transporte gefahren), ist nicht bekannt. Daneben gab es in den Monaten Oktober 1939 bis März 1940, nicht nur während des „1. Nahplans“, noch eine Vielzahl von „illegalen“ Zugbewegungen und „wilden“ Vertreibungen.<sup>43</sup> Weiterhin muss

<sup>39</sup> Aufstellung der UWZ Posen über die im Rahmen des „1. Nahplans“, des „Zwischenplans“ und des „2. Nahplans“ aus den einzelnen Kreisen deportierten Polen und Juden, abgedr. in: BGKBZHwP 12 (1960), S. 163 f.

<sup>40</sup> Lageberichte, Transportberichte und Transportbescheinigungen des Kommandos der Schutzpolizei Kalisch v. 3. u. 10.-13.12.1939, 31.1. u. 7.2.1940, AIPN, CA MSW 775/22, Bl. 9-11, 16, 20-22, ebd. 775/85, Bl. 1, 3.

<sup>41</sup> Diese Zahl habe ich aus verschiedenen Quellen und Angaben in Sekundärliteratur errechnet: UWZ Posen, undatierter Bericht [Eingang: 11.1.1940], AIPN, UWZ Posen 235, Bl. 22; Judenrat Wartbrücken an AJJDC Warschau, 2.2.1940, AŽIH, AJJDC 123; Transportliste der evakuierten Juden aus Wartbrücken am 8.12.1939, APL, 206/II/60, Bl. 1-45; Judenrat Pabianice, Sprawozdanie ogólne z działalności Starszeństwa Żydów w Pabianicach, AŽIH, AJJDC 341, Bl. 21; MARIA RUTOWSKA, Wysiedlenia ludności polskiej z Kraju Warty do Generalnego Gubernatorstwa 1939-1941, Poznań 2003, S. 146, 175, 177, 188, 203 f.; Dr. von Gschließer an Distriktpgouverneur Krakau, 29.12.1939, betr. Umsiedlung von Polen und Juden aus dem Westen, AIPN, NTN/PJB 254, Bd. 8, Bl. 82 f.; SS-Sturmbannführer Richter, Bericht über die in Lodzi v. 12.-16.12 durchgeführte Evakuierung von Polen und Juden, 16.12.1939, AIPN, 68/218, Bl. 28 f.; DANUTA DĄBROWSKA, Zagłada skupisk żydowskich w „Kraju Warty“ w okresie okupacji hitlerowskiej, in: BŽIH 13-14 (1955), S. 158, 173, 176, 183; Dazu kommen noch die in Anm. 40 genannten Quellen. Diese Zahl stellt lediglich eine Mindestzahl dar, da mir nicht für alle Transporte konkrete Zahlen zur Verfügung standen. Es müsste aber m. E. durch die Auswertung weiterer Quellen möglich sein, die exakte Zahl der im Rahmen des „1. Nahplans“ deportierten Juden zu erschließen.

<sup>42</sup> Abt. Arbeit im Amt des Generalgouverneurs, Dr. von Gschließer, an Distriktpgouverneur Krakau, 12.4.1940, AIPN, 196/254, Bl. 93.

<sup>43</sup> Generalgouverneur Frank beschwerte sich mehrfach bei Himmler über illegale Transporte mit Polen und Juden, die in das GG gekommen seien: Reichsstatthalter Posen an RegPräs Posen, Hohensalza und Kalisch, alle Landräte, Oberbürgermeister und Polizeipräsidenten, 22.2.1940, AIPN, 64/161, Bl. 11; Schnellbrief Göring an alle Reichsverteidigungskommissare, Himmler, Reichsministerium des Innern, Reichsverkehrsministerium u. Generalgouverneur Frank, 23.3.1940, AIPN, Regierung des GG II/374, Bl. 1; HSSPF

berücksichtigt werden, dass viele Polen und Juden – zum Teil mit Duldung der Behörden im GG – wieder in ihre Heimatorte zurückgingen und bei einem der nächsten Transporte erneut in das GG gefahren und noch einmal mitgezählt wurden.<sup>44</sup> Unabhängig davon, wie viele Juden und Polen nun tatsächlich in diesen Monaten deportiert oder vertrieben wurden, konnte schon nach Abschluss des „1. Nahplans“ der gesamte Regierungsbezirk Posen, der westliche Teil des Regierungsbezirks Hohensalza und die zwei westlichen Kreise Ostrowo und Kempen des Regierungsbezirks Kalisch (Litzmannstadt) für „judenfrei“ erklärt werden. Dabei handelte es sich exakt um die Gebiete, die bis 1918 zum Deutschen Reich gehört hatten.<sup>45</sup>

Darüber hinaus war – als die Judendeportationen Ende März 1940 nach dem Ende des „Zwischenplans“ vorläufig eingestellt wurden – die Anzahl der Juden im Warthegau seit dem 1. September 1939 um etwa 170.000 Personen auf 265.000 zurückgegangen.<sup>46</sup> Nur ein Teil davon wurde jedoch

Warthe, Evakuierungsstab, Außenstelle Leslau, an HSSPF Warthe, Posen, 17.1.1940, AIPN, SOTW 119, Bl. 5, unsortiert, nach Bl. 265: „Vor Eintritt der strengen Kälte hat hier eine recht erhebliche illegale Abwanderung, gegen die nicht eingeschritten wurde, stattgefunden.“

<sup>44</sup> RegPräs Posen, I a P, Viktor Böttcher, an Polizeipräsident Posen und Landkommissare des Regierungsbezirks, 17.1.1940, betr. Rückwanderung von evakuierten Polen, wo es heißt: „Es genügt nicht, dass diese Personen mit dem nächsten Transport ins Generalgouvernement zurückbefördert werden“, AIPN, 62/299, Bl. 27; Auch der Regierungs-vicepräsident in Hohensalza monierte, „dass in der letzten Zeit immer häufiger evakuierte Polen und Juden aus dem Generalgouvernement auf Grund von irgendwelchen Ausweisen zurückkehren.“ RegPräs Hohensalza, I – Pol. 5., i. V. Pickel, an Reichsstatthalter – Abt. I. –, 11.1.1940, betr. Evakuierung, AIPN, 62/299, Bl. 26.

<sup>45</sup> Übersicht über die Bevölkerung nach der Volkszugehörigkeit, der Haussprache u. der Religionszugehörigkeit auf Grund der Angaben bei der polizeilichen Einwohnererfassung 1939, APP, 299/611, Bl. 151–163; RegPräs Hohensalza, I P 121/33, Endgültiges Ergebnis der Einwohnererfassung Dezember 1939/Januar 1940, APP, 299/594, Bl. 15–30; JANUSZ WRÓBEL, Przemiany ludnościowe spowodowane polityką okupanta hitlerowskiego w tzw. rejencji łódzkiej w latach 1939–1945, Warszawa 1987, S. 176; Dieses Ergebnis entsprach auch dem in der zweiten Novemberhälfte im RSHA entstandenen „Fernplan der Umsiedlung in den Ostprovinzen“, demzufolge die jüdische Bevölkerung von Westen und Norden her in Richtung GG abgeschoben werden sollte. Der „1. Nahplan“ war der erste Schritt zur Umsetzung des später gescheiterten Fernplans, KARL-HEINZ ROTH, „Generalplan Ost“ und der Mord an den Juden. Der „Fernplan der Umsiedlung in den Ostprovinzen“ aus dem Reichssicherheitshauptamt vom November 1939, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 12 (1997), Nr. 2, S. 57 f., 62, 64 f., 68 f.

<sup>46</sup> Anfang Januar 1940 lebten nach Berechnungen der Behörden (die auf einer ab dem 17.12.1939 durchgeführten Volkszählung beruhten) noch 319.976 Juden im Warthegau (vgl. Anm. 45). Anschließend wurden noch einmal mindestens 2.018 Juden im Rahmen des Zwischenplans deportiert – wahrscheinlich waren es aber mehr. Dann müssen noch die Fluchtbewegungen dazu gerechnet werden, die es in allen Monaten seit dem deutschen Einmarsch gab. Allein in den Monaten Januar bis März 1940 reduzierte sich die Zahl der jüdischen Einwohner in Lodz um 51.786, vgl. WRÓBEL, Przemiany (Anm. 45), S. 173 f.;

deportiert, die meisten waren geflohen und einige Tausend waren in den Monaten September bis Dezember 1939 ermordet bzw. Opfer von Kampfhandlungen geworden. Obwohl also circa 39 Prozent der bei Kriegsbeginn auf dem Gebiet des Warthegaus ansässigen Juden ein halbes Jahr später dort nicht mehr lebte, waren die lokalen Behörden im Frühjahr 1940 mit einer Situation konfrontiert, die so nicht geplant war, gingen diese doch ursprünglich davon aus, zu diesem Zeitpunkt bereits den gesamten Warthegau als „judenfrei“ proklamieren zu können.<sup>47</sup> Dieses Ziel musste jetzt aber erst einmal hintanstehen, da die weitere Deportation der Juden wegen anderer Prioritäten in den An- und Umsiedlungsplänen – nämlich die Ansiedlung vorwiegend ländlicher „Volksdeutscher“ und damit die Deportation vor allem polnischer Bauern – bis auf weiteres ausgesetzt wurde.<sup>48</sup> Die Behörden mussten sich also zunächst auf einen weiteren Verbleib der Juden einrichten.

### Ghettoisierung

In einigen Orten reagierten die deutschen Behörden auf die neue Situation mit der Ghettoisierung der Juden. Die Initiative dazu ging von den mittleren und unteren Verwaltungsebenen aus, die direkt mit den Juden konfrontiert waren. Lediglich im Fall des Ghettos in Lodz erfolgte sie auf höhere Weisung seitens des Regierungspräsidenten in Kalisch, Friedrich Uebelhoer. Die Motive für die Errichtung eines Ghettos waren unterschiedlicher Natur: Persönlicher Ehrgeiz der lokalen Autoritäten, die Juden aus dem Ortsbild zu verbannen, die Bekämpfung der angeblich von Juden ausgehenden Seuchengefahren, fehlender Wohnraum, Besserstellung der einheimischen deutschen Bevölkerung, Bekämpfung des angeblich von Juden dominierten Schleichhandels. In vielen Fällen vermengten sich auch mehrere dieser Motive.<sup>49</sup>

---

In dieser Zahl sind jedoch auch 1.536 Juden enthalten, die im Rahmen des Zwischenplans deportiert wurden, Bericht Oberregierungsrat Dr. v. Gschließer, Krakau, 29.12.1939, an Generalgouverneur Frank, AIPN, 196/254, Bd. 8, Bl. 84 f. Es ist nicht sicher, ob alle Flüchtlinge in das GG gegangen sind, aber sehr wahrscheinlich. Zudem sind auch noch aus anderen Orten im Warthegau Juden in das GG geflohen, doch besitzen wir darüber keine Zahlen.

<sup>47</sup> Vgl. Himmlers Anordnung 1/II v. 30.10.1939, abgedr. in: BGKBZHwP 12 (1960), S. 9 f.

<sup>48</sup> Fernschreiben Eichmann an IdS Posen, z. Hd. SS-Sturmbannführer Rapp, 14.3.1940, AIPN, 68/130, Bl. 35; ALY, „Endlösung“ (Anm. 30), S. 111.

<sup>49</sup> Diese Motive lassen sich zum Beispiel in dem antisemitischen Artikel „Kampf gegen das Chaos“ des Litzmannstädter Polizeipräsidenten Karl-Wilhelm Albert nachlesen. Der Ar-

Eine Wechselwirkung mit den Deportationswellen bzw. der Aussicht auf Wiederaufnahme derselben oder der Ansiedlung von „Volksdeutschen“ ist unübersehbar, da es eine Ghettoisierungswelle nach dem Ende des „Zwischenplans“ im März 1940, nach der nicht erfolgten Wiederaufnahme der Deportationen von Juden im August 1940 und nach dem Abbruch des „3. Nahplans“ im März 1941 gab. Auch wenn „Volksdeutsche“ in größerer Zahl in einem Ort angesiedelt werden sollten, kam es häufig zu einer Ghettoisierung, war diese doch ein probates Mittel, um durch die Zusammendrängung der Juden Wohnraum für die „Volksdeutschen“ zu schaffen.

Doch nicht immer ließ sich eine geplante Ghettoisierung auch umsetzen: Oft fehlte es an Baumaterialien für eine Umzäunung des Ghettos, an Bewachungskräften oder auch an Mitteln zur Entschädigung der „volksdeutschen“ Eigentümer, die ihre Wohnungen und Häuser im geplanten Ghetto-bezirk verlassen sollten. Da solche Probleme nicht überall sofort oder auch gar nicht gelöst werden konnten, zog sich die Ghettoisierung über eineinhalb Jahre hin oder konnte häufig auch gar nicht realisiert werden. Zudem wurden außerhalb von Lodz nur die wenigsten Juden in „echte“ Ghettos, also mit einer Umzäunung, gepfercht. Die meisten Ghettos waren „offen“, hier beschränkte sich der Begriff „Ghetto“ auf die von den lokalen Behörden festgelegten Straßenzüge, die häufig nur zum Teil kontrolliert bzw. bewacht wurden.<sup>50</sup> Da die ersten, 1940 errichteten Ghettos zunächst als eine maximal auf mehrere Monate begrenzte Übergangsmaßnahme angesehen wurden, ging die Ghettoisierung einher mit einer zweiten Welle der Beraubung (nach der ersten während der beiden vorherigen Deportationswellen), welche die jüdische Bevölkerung in eine völlige Abhängigkeit von den deutschen Besatzern brachte.<sup>51</sup>

---

tikel erschien in der Zeitschrift „Die deutsche Polizei“ 9 (1941), S. 43. Nicht immer ist jedoch eindeutig auszumachen, ob diese Gründe vorgeschoben waren.

<sup>50</sup> Zu den Ghettobildungen im Warthegau vgl. ALBERTI, Verfolgung (Anm. \*), S. 147–217, bes. S. 147–171, 193–206. Bei der Ghettoisierung wirkten auch die staatlichen und kommunalen Gesundheitsverwaltungen im Warthegau mit, um damit eine Seuchenprävention zu erreichen, JOHANNES VOSSEN, Gesundheitspolitik als Teil der „Volkstums-politik“. Der öffentliche Gesundheitsdienst im „Reichsgau Wartheland“, 1939–1945, unveröffentlichtes Manuskript, S. 31–35, 43 f.

<sup>51</sup> Reichsministerium des Innern, I Ost, 3.4.1940, Vermerk über die Besprechungen betr. das Ghetto in Lodsch, BAB, 58/3518, Bl. 2. In Lodz war in den ersten Monaten der Besatzung vor allem die Kripo unter dem Leiter der Kripo Litzmannstadt, Dr. Walter Zirpins, massiv an der Beraubung der Ghettobevölkerung beteiligt. Zu Zirpins vgl. die kurze Skizze von ROLF SURMANN/ DIETER SCHRÖDER, Vom NS-Goldräuber zum führenden Wirtschaftskriminologen der Bundesrepublik. Die Karriere des Dr. Walter Zirpins, in: DIES., Der lange Schatten der NS-Diktatur. Texte zur Debatte um Raubgold und Ent-schädigung, Hamburg, Münster 1999, S. 51–60. Auch in den kleineren Ghettos gab es diese zweite Welle der Beraubung.

Im Litzmannstädter Ghetto sollte mit den geraubten Wertgegenständen der Unterhalt der Juden bis zu deren geplanter Deportation quasi „kostenneutral“ gestaltet werden.<sup>52</sup> Zunächst versuchte der von den Deutschen eingesetzte Judenratsvorsitzende Chaim Rumkowski vergeblich, dagegen zu steuern und die Behörden davon zu überzeugen, dass jüdische Arbeit wertvoll für die deutsche Kriegswirtschaft sei.<sup>53</sup> Diese Anstrengung war erst dann von Erfolg gekrönt, als in Lodz ab August 1940 eine Neuorientierung der deutschen „Judenpolitik“ stattfand. Dies war wiederum eine Reaktion auf die sich zu diesem Zeitpunkt klar abzeichnende Tatsache, dass die für Anfang August 1940 geplante Wiederaufnahme der Deportationen von Juden frühestens 1941 erfolgen würde.<sup>54</sup> Um die Kosten für die Nahrungs- und Bedarfsmittel, die nach einigen Monaten schon nicht mehr durch die geraubten Mittel der Ghettoinsassen gedeckt werden konnten, abdecken zu können, sollte die jüdische Zwangslarbeit und damit der Profit daraus ausgedehnt werden.<sup>55</sup> In der Folge vergrößerte sich insbesondere im Ghetto Litzmannstadt die Produktion enorm.<sup>56</sup>

### Zwangslarbeitslager

Außerhalb von Lodz gab es nur in wenigen Ghettos organisierte jüdische Zwangslarbeit.<sup>57</sup> Dagegen erlangten die Zwangslarbeitslager für Juden eine große Bedeutung für die Infrastrukturmaßnahmen im Warthegau. Die ersten Zwangslarbeitslager entwickelten sich ursprünglich aus dem Gedanken, ungelernte jüdische Arbeiter, für die in den Ghettos keine Arbeit gefunden werden konnte, an anderer Stelle auszubeuten und damit die

---

<sup>52</sup> Bürgermeister Marder an Treuhandnebenstelle Litzmannstadt, 2.7.1940, APL, 221/IX/29370, Bl. 301.

<sup>53</sup> ALBERTI, Verfolgung (Anm. \*), S. 228–237.

<sup>54</sup> Fernschreiben RSHA, IV B 4, Günther, an UWZ Posen, Höppner, 1.7.1940, AIPN, 68/115, Bl. 28; Bürgermeister Marder, Litzmannstadt, an RegPräs Litzmannstadt, 24.8.1940, Lagebericht für Monat Juli 1940, APL, 176/428, Bl. 91; Niederschrift der Dezernen-tenbesprechung der Litzmannstädter Stadtverwaltung am 27.8.1940, 29.8.1940, APL, 221/VII/65, Bl. 39 f.

<sup>55</sup> Ghettoverwaltung Litzmannstadt, Aktennotiz v. 2.9.1940, abgedr. in: Dokumenty i materiały do dziejów okupacji niemieckiej w Polsce, Bd. 3: Getto łódzkie. Teil 1, hg. v. ARTUR EISENBACH, Warszawa u. a. 1946, S. 99; Ghettoleiter Biebow an städtische Bauverwaltung, 12.9.1940, APL, 221/IX/3, Bl. 158. Zunächst musste die Litzmannstädter Ghettoverwaltung im Oktober 1940 allerdings einen Kredit aufnehmen, um die laufenden Kosten zu decken. Auch daran waren deutsche Kreditinstitute beteiligt, LOOSE, Beteiligung (Anm. 24), S. 248.

<sup>56</sup> ALBERTI, Verfolgung (Anm. \*), S. 258–277.

<sup>57</sup> Ebd., S. 277–283.

Unterhaltskosten für die Ghettos zu senken. Zunächst war ihr Einsatz nur an der Reichsautobahn-Neubaustrecke Frankfurt/Oder-Posen geplant.<sup>58</sup> Doch als den Behörden im Warthegau klar war, dass nach dem Abbruch des „3. Nahplans“ der Aufenthalt der Juden im Gaugebiet auf unabsehbare Zeit Bestand haben würde und damit die Kosten für den Unterhalt weiter den Haushalt belasten würden, dehnte die Reichsstatthalterei in Posen den Einsatz der Juden auf das gesamte Gaugebiet aus. Schon sehr bald wurden Juden für alle erdenklichen Infrastrukturarbeiten im Warthegau eingesetzt, vor allem im Straßenbau, im Eisenbahnbau und für Meliorationsarbeiten. Auch auf zahlreichen Landgütern wurden Juden zu Arbeiten herangezogen. Dies hatte zur Folge, dass im westlichen Teil des Warthegaus, der Ende 1939 für „judenrein“ erklärt worden war, 1941 mehr Juden lebten, als vor dem Krieg. In der Gauhauptstadt Posen lebten 1942 sogar drei Mal so viele Juden wie bei Kriegsbeginn (ca. 15.000).<sup>59</sup> Insgesamt existierten von 1941 bis 1943 im Warthegau mindestens 187 Zwangsarbeitslager für Juden bzw. Orte (Landgüter etc.), an denen Juden zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden. Dazu kamen noch 45 Lager an der Reichsautobahn-Neubaustrecke Frankfurt/Oder-Posen und an anderen Orten im Altreich.<sup>60</sup>

### „Indirekte“ Vernichtung

Zwar wurden Juden ab Mitte 1941 ein wichtiger Faktor für die Arbeitskräftebeschaffung im Warthegau, doch blieb die chronische Unterernährung der jüdischen Zwangsarbeiter (und erst recht der nicht arbeitenden oder „arbeitsunfähigen“ Juden) das beherrschende Charakteristikum der nationalsozialistischen „Judenpolitik“. Im Spannungsfeld zwischen (rüstungs-)wirtschaftlichen Erfordernissen und ideologischen Prämissen behielten Letztere aber immer die Oberhand. „Vernichtung durch Arbeit“ war somit auch im Warthegau und entlang der Reichsautobahn-Neubaustrecke nach Posen für viele jüdische Zwangsarbeiter das ihnen zugesetzte Schicksal. Bis zum Beginn des organisierten Massenmords im Herbst 1941 waren im Warthegau bereits über 15.000 Juden an den Folgen der Unterernährung gestorben.

<sup>58</sup> RegPräs Litzmannstadt an Oberbürgermeister Litzmannstadt, 26.9.1940, APL, 221/IX/19, Bl. 147; Ghettoversorgung Litzmannstadt, Biebow, an RegPräs Litzmannstadt, 11.10.1940, APL, 19, Bl. 143f; WOLF GRUNER, Juden bauen die „Straßen des Führers“. Zwangsarbeit und Zwangsarbeitslager für nichtdeutsche Juden im Altreich, 1940–1943/44, in: ZfG 44 (1996), Nr. 9, S. 789, 791.

<sup>59</sup> ALBERTI, Verfolgung (Anm. \*), S. 283–300. Greiser stellte das 1942 als eine Errungenschaft seiner Führung im Warthegau dar, GREISER, Aufbau (Anm. 14), S. 9.

<sup>60</sup> Diese Zahlen habe ich aus den mir zur Verfügung stehenden Dokumenten errechnet.

rung, den katastrophalen hygienischen Zuständen, der mangelnden medizinischen Versorgung oder auch der rücksichtslosen Behandlung durch ihre Bewacher gestorben.<sup>61</sup> Ein polnischer Laborant, der während des Krieges im Gerichtsmedizinischen Institut der Universität Posen arbeitete, sagte 1946 im Prozess gegen Arthur Greiser aus:

„Schon 1941 wurden dort auch Juden verbrannt; diese kamen aus Arbeitslagern in Posen oder Umgebung. [...] Die jüdischen Leichen waren nackt, ungewaschen und unsäglich verlaust. In den Lagern herrschte Typhus, an dem eine sehr große Anzahl starb. Alle eingelieferten Judenleichen wiesen Wunden auf, über den ganzen Körper verteilt, Eiter rann heraus. Diese rührten von einer kompletten körperlichen Erschöpfung her, und sie vergrößerten sich und heilten nicht, weil es in den Judenlagern keine ärztliche Betreuung und absolut keine Verbandsmittel gab. Viele von ihnen wiesen Folterspuren/körperliche Misshandlungsspuren auf. Es gab Tage, an denen bis zu 60 jüdische Leichen eingeliefert wurden.“<sup>62</sup>

In den Ghettos bzw. jüdischen Gemeinden des Warthegaus und in den Zwangsarbeitslagern begann das Massensterben also schon vor der eigentlichen Vernichtung der Juden. Bis Mitte 1944 starben dort noch einmal über 30.000 jüdische Menschen.<sup>63</sup> Die höchste Sterblichkeit herrschte im Litzmannstädter Ghetto, dem „Krepierwinkel Europas“.<sup>64</sup> Dort starben von Mai 1940 bis August 1944 insgesamt 43.725 Menschen, also über ein Drittel der Ghettobevölkerung.<sup>65</sup>

---

<sup>61</sup> Zahlen für Lodz: Ältester der Juden/Litzmannstadt: Aufstellung über die Geburten und Sterbefälle im Ghetto 1.5.1940–28.2.1941, APL, 221/IX/22, Bl. 239; Ältester der Juden/Litzmannstadt: Bevölkerungsbewegung im Litzmannstadt-Getto, 1941, APL, 278/863, Bl. 46. Die restlichen 2.000 Opfer sind von mir geschätzt. Auch in den kleineren Ghettos außerhalb von Lodz gab es zahlreiche Todesfälle. So starben etwa in Kutno, wo im Oktober 1940 eine Fleckfieberepidemie im dortigen Judenlager ausgebrochen war, bis zum März 1942 von 1.369 erkrankten Menschen 313 an den Folgen der verweigerten medizinischen Hilfe; VOSSEN, Gesundheitspolitik (Anm. 50), S. 32–35.

<sup>62</sup> Zeugenaussage Michał Woroch, 16.11.1945, AIPN, 196/29, Bl. 176 (Übersetzung von mir, M.A.).

<sup>63</sup> MARIAN ŚWITOŃSKI, Zbrodnie na Żydach z getta łódzkiego osadzonych w obozach w poznańskiem, in: Getto w Łodzi 1940–1944. Materiały z sesji naukowej: 9.8.1984 r., hg. v. Okręgowa Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Łodzi – Instytut Pamięci Narodowej, Łódź 1988, S. 101–103; PRZEMYSŁAW MNICHOWSKI, Hitlerowskie obozy pracy przymusowej dla Żydów z getta łódzkiego na Środkowym Nadodrzu w latach 1940–1944, in: ebd., S. 111 f.

<sup>64</sup> OSKAR ROSENFELD, Wozu noch Welt. Aufzeichnungen aus dem Ghetto Lodz, hg. v. HANNO LOEWY, Frankfurt/M. 1994, S. 70.

<sup>65</sup> ALBERTI, Verfolgung (Anm. \*), S. 313.

Ein nicht unbeträchtlicher Teil wurde erschossen, sei es von Bewachungskräften der Schutzpolizei<sup>66</sup> oder Angehörigen der Gestapo, vor allem im Rahmen von Selektionen.<sup>67</sup> Andere starben an den Folgen von Misshandlungen und Folter.<sup>68</sup>

Lodz stellte zwar einen Extremfall dar, doch auch in den kleineren Ghettos herrschten zum Teil unmenschliche Bedingungen. So waren etwa in dem kleinen Ort Praschkau im südlichen Warthegau die Juden „sehr abgemagert“ und es war „allgemein bekannt“, dass sie „im Ghetto vor Hunger starben“.<sup>69</sup> Ebenso waren Misshandlungen und gezielte Morde an der Tagesordnung. In der Erinnerung vieler Überlebender haben sich ihre Peiniger, wie etwa der stellvertretende Leiter der Gestapo Welungen, Robert Bach, als „Judenfresser“ in das Gedächtnis eingebrannt.<sup>70</sup>

### „Direkte“ Vernichtung

Die Hemmschwelle zum Massenmord an den Juden wurde nicht nur durch diese tagtäglich vorsätzlich herbeigeführten Tode, sondern auch durch die Ermordung von polnischen und jüdischen Geisteskranken immer weiter gesenkt. Von Oktober 1939 bis Sommer 1941 ermordeten Angehörige des völlig autonom von der Euthanasie-Zentrale in Berlin agierenden SS-Sonderkommandos Lange 5.726 Patienten im Warthegau und weitere 1.808 im

---

<sup>66</sup> Bericht Reserve-Polizeibataillon 101 über den Einsatz im Warthegau, 4.4.1941, BAB, R 20/51; Reserve-Polizeibataillon 41 an den BdO Posen, 29.1.1942, BAB, R 20/88.

<sup>67</sup> Delegatura Rządu RP na Kraj, Biuro Prezydialne – Poczta do Rządu (1942 r.): Pro memoria o sytuacji w kraju w okresie 11 października–15 listopada 1942 r., AAN, 202/I-31, Bl. 144; dito, Departament Informacji i Prasy, Informacja Bieżąca 37/62, 5.10.1942, AAN, 202/III-7, Bl. 163; dito, Informacja Bieżąca 4/29, 25.1.1942, Bl. 35; dito, 7/32, 16.2.1942, Bl. 47; dito, 39/64, 23.10.1942, Bl. 174.

<sup>68</sup> Hier tat sich vor allem die Kripo hervor. Vgl. ANTONI GALIŃSKI, Policja w getcie, in: Getto w Łodzi (Anm. 63), S. 42. „Wir leiden schrecklich, wie immer, heute morgen hatten wir Besuch von der ‚Kripo‘ (Kriminalpolizei), den brutalsten Bestien, die die Menschheit je gesehen hat. Sie kamen, um nach ‚ihrem‘ Schmuck zu suchen. Sie lärmten, schlugen, drohten – ein alter Mann wurde von den ‚Herren‘ schwer verletzt. [...] Wir hatten alle das Gefühl, dem sprichwörtlichen Tod ins Auge zu blicken. Die Teufel blieben über eine Stunde – nahmen ein paar Kleinigkeiten mit – und gingen.“ – „Les Vrais Riches“. Notizen am Rand. Ein Tagebuch aus dem Ghetto Łódź (Mai bis August 1944), hg. v. HANNO LOEWY/ ANDRZEJ BODEK, Leipzig 1997, S. 68 (Eintrag für den 11.7.1944).

<sup>69</sup> Zeugenaussage Piotr-Pawel Na., 7.10.1968, Praschkau, in: BAL, vorl. 203 AR-Z 161/67, Bd. 6, Bl. 58. Vgl. auch die zahlreichen Eingaben jüdischer Gemeinden an den AJJDC in Warschau in den Jahren 1940/41, AŽIH, AJJDC 94, 326, 291.

<sup>70</sup> Zeugenaussage Heinrich Lipschütz, 9.10.1947, AIPN, 164/964, Bl. 22.

Sommer 1940 in Ostpreußen.<sup>71</sup> Als die Vernichtung der Juden im Warthegau begann, war der Massenmord für die Einheit des SS-Hauptsturmführers Herbert Lange bereits zur Routine geworden.

Anders als im Altreich gab es im Warthegau keine nennenswerten Proteste gegen diese Praxis. So wundert es kaum, dass im Sommer 1941 der Massenmord an den Behinderten fast nahtlos in die Vernichtung der warthändischen Juden übergehen konnte, zumal der Tod von als minderwertig angesehenen Menschen in den Ghettos, wie oben dargelegt, für die Verantwortlichen bereits eine alltägliche Erscheinung geworden war, ohne dass die Verantwortlichen daraus Konsequenzen gezogen und sich etwa hätten versetzen lassen. Und auch die personellen Kontinuitäten und Radikalisierungen sind deutlich zu sehen: Angehörige der Litzmannstädter Ghettoverwaltung verwalteten zunächst ohne Skrupel den Tod im Ghetto, um ab Frühjahr 1942 nicht nur bei der Verwertung der Hinterlassenschaften der ermordeten Juden mitzuwirken, sondern sich auch aktiv an der Selektion in den kleineren Ghettos zu beteiligen, wobei sie auch vor Mord nicht zurückschreckten.<sup>72</sup> Gleiches gilt für viele Landräte und Amtskommissare. Das SS-Sonderkommando Lange, das in den Jahren 1939 bis 1941 für tausendfache Morde an den geistig Behinderten verantwortlich war, ermordete ab dem Herbst 1941 mehrere Hunderttausend Juden.

### Diskussionen über die „Lösung der Judenfrage“ im Warthegau im Frühjahr/Sommer 1941

Der berühmt-berüchtigte Aktenvermerk des Leiters der SD-Leitstelle Posen, Rolf-Heinz Höppner, vom 16. Juli 1941 gibt bereit Auskunft darüber, wie weit sich Teile der warthändischen Zivil- und Polizeiverwaltung im Frühsommer 1941 gedanklich bereits an einen solchen Massenmord angeähnert hatten. Mit Sicherheit wären die kaum verhüllten Mordabsichten in Höppners Memorandum ohne die Erfahrungen mit dem SS-Sonderkommando nicht so formuliert worden.<sup>73</sup> Doch Langes „Erfolge“ zeigten den

<sup>71</sup> ALBERTI, Verfolgung (Anm. \*), S. 324–337. Daneben beteiligten sich auch Einheiten der Waffen-SS an der Ermordung von polnischen und jüdischen behinderten, meist geisteskranken Patienten: CÜPPERS, Wegbereiter (Anm. 5), S. 55. In die Vorbereitungen war wiederum die staatliche Gesundheitsverwaltung im Warthegau involviert, VOSSEN, Gesundheitspolitik, S. 46–48.

<sup>72</sup> JERZY LEWIŃSKI, Proces Hansa Biebowa, Warszawa 1999, S. 116, 123 f., 136 f., Zeugenbefragung Hersz Krzepicki, 24.4.1947, Sasza Lewiatin, 25.4.1947, Rafał Lewkowicz, 25.4.1947. Es ließen sich noch viele weitere Beispiele anführen.

<sup>73</sup> Aktenvermerk Höppners v. 16.7.1941, betr. Lösung der Judenfrage, AIPN, 196/36, Bl. 568; abgedr. in: BGKBZHwP 13 (1960), S. 29.

agierenden Rassefanatikern, was möglich war und dass die „Judenfrage“ auf einem anderen Weg als bisher angedacht, endgültig gelöst werden könnte. Höppners Schreiben zeigte nicht nur neue Lösungsmöglichkeiten für die „Judenfrage“ auf, sondern spiegelte auch die Frustrationen im Hinblick auf die Umsetzung der An- und Umsiedlungspläne und damit der „Lösung der Judenfrage“ im Warthegau wieder. Obwohl Juden in den Berechnungen der Deportationszahlen für den „3. Nahplan“ 1941 überhaupt nicht erwähnt wurden (denn es ging nach wie vor um die Ansiedlung der bäuerlichen „Volksdeutschen“ aus Wolhynien und Bessarabien),<sup>74</sup> führte die bereits nach kurzer Zeit erfolgte Einstellung des 1. Teiles des „3. Nahplans“ im März 1941, die als Ergebnis lediglich die Deportation von 19.226 Personen, darunter 2.140 Juden, mit sich brachte,<sup>75</sup> dazu, dass die „Judenfrage“ auf allen Ebenen der warthelandischen Zivil- und Polizeiverwaltung immer stärker thematisiert wurde und sich somit auf die Posener Führung ein Druck von unten aufbaute, diese Frage im Gau endlich zu lösen.<sup>76</sup> Denn noch immer lebten im Frühjahr 1941 über eine Viertelmillion Juden in Greisers Herrschaftsgebiet, das schon längst „judenfrei“ sein sollte.<sup>77</sup>

Die Folge dieser Frustration lässt sich an den teilweise drastischen Schriftwechseln untergeordneter Behörden mit ihren Vorgesetzten hinsichtlich des „jüdischen Problems“ ablesen, die in den Folgemonaten auftraten. Neben der Forderung nach der Abschiebung der Juden wurde darin auch immer deutlicher zwischen „arbeitsunfähigen“ und „arbeitsfähigen“ Juden unterschieden. Erstere galten als „unnützer“ und zudem für die lokalen Behörden „teurer Ballast“, der so schnell wie möglich „beseitigt“ werden

<sup>74</sup> SS-Ansiedlungsstab Posen, Planungsabteilung, Dolezalek, Vermerk v. 10.1.1941, BAB, R 49/3066, Bl. 7 f.

<sup>75</sup> UWZ Posen, Abschlussbericht über den „3. Nahplan“, auszugsweise abgedr. in: BGKBZHwP 21 (1970), S. 106; Aufstellung über die Zielstationen der Deportationen im Rahmen des „3. Nahplans“, AIPN, 196/13, Bl. 123.

<sup>76</sup> „Der allgemeine Wunsch der Landräte, Amtskommissare, Bürgermeister usw., die sich im Warthegau noch befindliche gesamte Judenschaft ebenfalls ins Litzmannstädter Getto zu überführen, ist bedenklich, da im heutigen Wohngebiet unmöglich weitere 100.000 Menschen eingesiedelt werden können“, Auszug aus einem Tätigkeitsbericht der Ghettoverwaltung für Mai 1941, abgedr. in: EISENBACH, Dokumenty (Anm. 55), Bd. 3, S. 184.

<sup>77</sup> Im Regierungsbezirk Hohensalza am 1.4.1941 31.781 Juden, RegPräs Hohensalza, Lagebericht v. 8.7.1941; APP, 299/856, Bl. 2; im Ghetto Litzmannstadt am 1.4.1941 150.436 Juden, Ältester der Juden in Litzmannstadt-Ghetto, Bevölkerungsbewegung in Litzmannstadt-Ghetto im Jahre 1941; APL, 278/863, Bl. 46; im Regierungsbezirk Litzmannstadt am 1.4.1941 ca. 70.000 Juden, Zahl von mir geschätzt; in einem Dokument vom September 1941 ist die Rede von „etwa 68.000 Juden“, RegPräs Litzmannstadt, Abt. III, gez. Illig, 5.9.1941, Leistungsbericht der Abteilung III, 1.10.1940–1.10.1941, APL, 176/429, Bl. 60.

müsste.<sup>78</sup> Genau in diesem Kontext entstand Höppners Memorandum, in dem er von der Tötung der „Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnellwirkendes Mittel“ schreibt, während die „arbeitsfähigen“ Juden weiter ausbeutet werden sollten, eine Ansicht, die laut dem Begleitschreiben an seinen Vorgesetzten Eichmann auch andere Repräsentanten der Zivil- und Polizeiverwaltung im Warthegau teilten.<sup>79</sup> Die im Höppner-Memorandum diskutierten Mordpläne wurden allerdings solange nicht realisiert, bis ein entsprechendes Signal von Gauleiter und Reichsstatthalter Greiser kam. Denn er – und nicht etwa der HSSPF Koppe – war derjenige, der über den Beginn des Massenmords an den Juden entschied.<sup>80</sup>

### Die Entscheidung zum Massenmord an den „arbeitsunfähigen“ Juden

In dieser mörderisch aufgeheizten Stimmung, als die Option des Massenmords bereits in der Luft lag, wurden Greiser und die Litzmannstädter Behörden durch Himmler plötzlich damit konfrontiert, 60.000 Juden aus dem Großdeutschen Reich und aus dem Protektorat Böhmen und Mähren im Litzmannstädter Ghetto aufnehmen zu müssen.<sup>81</sup> Wegen des heftigen Protests der lokalen Behörden, die einen Zusammenbruch der lukrativen Produktion im Ghetto befürchteten, sah sich Greiser, der wegen der Einnahmen für seine Gaukasse selber ein Interesse am Fortbestand der Produktion hatte, veranlasst, mit Himmler und Reinhard Heydrich die Reduzierung der Anzahl der aufzunehmenden Juden zu vereinbaren. Dies geschah am 19. und bzw. oder am 20. September 1941. Da auch die reduzierte Anzahl von 20.000 Juden (und 5.000 Sinti und Roma) als für die Ghetto-wirtschaft nicht verkraftbar angesehen wurde, griff Greiser in diesen Gesprächen gleichzeitig auf die bereits seit längerem im Raum stehende Option des Massenmords zurück und ließ sich diesen von Himmler bzw. Hitler für einen Teil der wartheländischen Juden sanktionieren, um die vielen Probleme zu lösen bzw. schon seit längerem bestehende Vorschläge umzusetzen: Bannung der (vermeintlichen) Seuchengefahr, Auflösung der

---

<sup>78</sup> ALBERTI, Verfolgung (Anm. \*), S. 357, 369 f., 377–382.

<sup>79</sup> Aktenvermerk Höppners v. 16.7.1941 (wie Anm. 73).

<sup>80</sup> Zum bestimmenden Einfluss Greisers auf die Ermordung der Juden im Warthegau vgl. auch die Beiträge von Peter Klein und Jacek Andrzej Mlynarczyk in diesem Band.

<sup>81</sup> Diese Entscheidung hing mit der schon länger im Raum stehenden und in Berlin diskutierten Frage nach dem Beginn der Deportationen der reichsdeutschen Juden zusammen. Vgl. dazu PETER LONGERICH, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München, Zürich 1998, S. 427–434.

Ghettos auf dem Lande, „Beseitigung“ der „arbeitsunfähigen“ Juden, Reduzierung der Kosten der Fürsorge für den Unterhalt der Juden, Einsparen von Bewachungskräften, Schaffen von Wohnraum für die „Volksdeutschen“, Errichtung eines Zentralghettos, Ausbau der Produktion im Ghetto Litzmannstadt und Effektivitätssteigerung derselben durch Überführung weiterer jüdischer Handwerker in dieses Ghetto.<sup>82</sup>

Wie sehr die Verantwortlichen zum Massenmord an den Juden im Warthegau drängten, zeigt die Tatsache, dass er unmittelbar nach Greisers Vereinbarung mit Himmler Ende September/ Anfang Oktober 1941 einsetzte. Im Kreis Konin tötete das SS-Sonderkommando Lange alle noch lebenden Juden, insgesamt etwa 3.500.<sup>83</sup> Gleichzeitig wurde mit dem Aufbau eines Vernichtungslagers in Kulmhof begonnen.<sup>84</sup> Ab dem 8. Dezember 1941 begann Langes SS-Einheit, die so genannten arbeitsunfähigen Juden in Gaswagen zu ermorden. „Die Aussiedlung umfasste wörtlich alle Juden. In Lastautos wurden Säuglinge, Kinder, Greise, Bettlägerige und alle Übrigen mit dem ganzen Hab und Gut verladen und in Partien zu

<sup>82</sup> ALBERTI, Verfolgung (Anm. \*), S. 395–405.

<sup>83</sup> Leitung des Untergrundarchivs im Warschauer Ghetto, „Die Vorfälle in Kulmhof“ [undatiert, vermutl. März 1942], AŽIH, Ring I/413, unpag.

<sup>84</sup> ALBERTI, Verfolgung (Anm. \*), S. 415. Auch in anderen Gebieten Polens und der Sowjetunion gab es zu dieser Zeit regionale Initiativen zum Aufbau von Vernichtungszentren: Ende September/ Anfang Oktober 1941 im GG auf Initiative des HSSPF Lublin, Odilo Globocnik: vgl. BOGDAN MUSIAL, Ursprünge der „Aktion Reinhardt“. Planung des Massenmordes an den Juden im Generalgouvernement, in: „Aktion Reinhardt“. Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941–1944, hg. v. DERS., Osnabrück 2004, S. 65–81; im Oktober/ November 1941 in Mogilew, Weißrussland: vgl. CHRISTIAN GELLACH, Failure of Plans for an SS Extermination Camp in Mogilew, Belorussia, in: HGS 7 (1997), Nr. 1, S. 60–78; im Oktober 1941 in Auschwitz, wo zu diesem Zeitpunkt Michael Thad Allen zufolge die konkreten Planungen zum Bau von Vergasungsanlagen begonnen haben: MICHAEL THAD ALLEN, Anfänge der Menschenvernichtung in Auschwitz, Oktober 1941. Eine Erwiderung auf Jan Erik Schulte, in: VfZ 51 (2003), Nr. 4, S. 565–573. Schulte sieht demgegenüber die Umwandlung von Auschwitz in ein Vernichtungslager erst im Sommer 1942 als gegeben an: JAN ERIK SCHULTE, Vom Arbeits- zum Vernichtungslager. Die Entstehungsgeschichte von Auschwitz-Birkenau 1941/42, in: VfZ 50 (2002), Nr. 1, S. 60–69. Demgegenüber: TOBIAS JERSAK, Die Interaktion von Kriegsverlauf und Judenvernichtung. Ein Blick auf Hitlers Strategie im Spätsommer 1941, in: Historische Zeitschrift 268 (1999), Nr. 2, S. 345, 374, und KLAUS-JOCHEN ARNOLD, Hitlers Wandel im August 1941. Ein Kommentar zu den Thesen Tobias Jersaks, in: ZfG 48 (2000), Nr. 3, S. 249; die beiden Autoren sind der Meinung, Hitler habe im August 1941 die Ermordung der ost-europäischen Juden angeordnet. In seiner neuesten Studie hält Christopher Browning dagegen an seiner bekannten These fest, dass die deutsche Sieges euphorie im Spätsommer/ Frühherbst 1941 zu Hitlers Entschluss geführt habe, nach den sowjetischen auch sämtliche europäischen Juden zu töten, BROWNING, Entfesselung (Anm. 27), S. 531–535. Zum Bau der Vernichtungslager vgl. zusammenfassend ebd., S. 507–535.

60 Personen nach Kulmhof gebracht.“<sup>85</sup> In den folgenden 18 Monaten wurden dort etwa 150.000 Juden, über 4.300 Sinti und Roma und vermutlich auch tschechische Kinder aus Lidice, sowjetische Kriegsgefangene, Priester, Nonnen und sonstige „unliebsame“ Menschen ermordet,<sup>86</sup> ein Vorgang der für diejenigen, die davon zum ersten Mal hörten, kaum zu begreifen war:

„Die Berichte der jüngsten Morde in Kulmhof mit Hilfe von Giftgas belegen, dass die Deutschen sich dort selbst übertragen haben. Niederträchtige Perfidie, gemeine, unermessliche Gier und kalte, berechnende Grausamkeit fügen sich zu einem Bild zusammen, an dessen Echtheit der Mensch kaum glauben kann.“<sup>87</sup>

Selbst für Angehörige der Besatzungsverwaltung, die bis dato die Entretung und Ghettoisierung der Juden nicht in Frage gestellt hatten, war das nur schwer zu ertragen:

„Ich hörte furchtbares Schreien, dann nur noch Wimmern. Es erstarb nicht. Ich habe noch nach der Uhr gesehen, solche Momente vergisst man nicht in seinem Leben. Nach zehn Minuten war das Schreien und Jammern immer noch nicht vorbei. Dann, nach 20 Minuten, wurde die Tür geöffnet. Da fielen die Leichen raus, es war langsam still geworden. – Ich erinnere mich mit aller Deutlichkeit, es war eine Frau dabei, die hatte zwei kleine Kinder in ihrem Arm. Ich weiß noch, die Frau war tot, die Kinder lebten. Da trat einer von der SS hin, schoss in den Kopf und weg – hineingeworfen in das Grab. Und das andere Kind genauso. Es war genau, wie ich es schildere. Diese Eindrücke vergisst man nicht, auch nicht nach 20 Jahren.“<sup>88</sup>

Nicht nur die Deportationen und die eigentlichen Tötungen in den Gaswagen, sondern auch die Ghettoräumungen in den einzelnen Orten ließen äußerst grausam ab. Schon die Trennung der Familien und die der Kinder von ihren Eltern bei den Selektionen war eine Tragödie für die Betroffene

---

<sup>85</sup> „Die Vorfälle in Kulmhof“ (wie Anm. 83), S. 1.

<sup>86</sup> ALBERTI, Verfolgung (Anm. \*), S. 451; JANUSZ GULCZYŃSKI, Obóz śmierci w Chełmnie nad Nerem, Konin 1991, S. 64 f. Zu den Sinti und Roma siehe: JULIAN BARANOWSKI, Zigeunerlager in Litzmannstadt 1941–1942, Łódź 2003, S. 40.

<sup>87</sup> Artikel „Die Juden“ im konspirativen Informationsbulletin der polnischen Heimatarmee, 30.4.1942, abgedr. in: Polacy – Żydzi/ Polen – Juden/ Poles – Jews 1939–1945. Wybór Źródeł/ Quellenauswahl/ Selection of Documents, hg. v. ANDRZEJ KRZYSZTOF KURNERT, Warszawa 2001, S. 204.

<sup>88</sup> Zeugenaussage Ottomar Roese, damals stellv. Leiter des Kommandos der Schutzpolizei Litzmannstadt, 1963 vor Gericht in Hannover im Prozess gegen Fuchs und Bradfisch, abgedr. in: GERDA ZORN, „Nach Ostland geht unser Ritt“. Deutsche Eroberungspolitik und die Folgen: Das Beispiel Lodz, Köln 1988, S. 145 f.

nen.<sup>89</sup> Mehrere Tausend Menschen, darunter besonders viele Alte, Frauen und Kinder, starben bei den Aktionen an den Folgen der Misshandlungen oder durch direkten Mord.<sup>90</sup> So töteten die Deutschen zum Beispiel im August 1942 in der Kleinstadt Lask (ca. 30 Kilometer südöstlich von Lodz) bei der Räumung des dortigen Ghettos 63 Menschen. Hier, wie auch in anderen Orten, zeichneten sich der Leiter des Judenreferats der Litzmannstädter Gestapo, Günter Fuchs, und seine Mitarbeiter durch besondere Grausamkeit aus.<sup>91</sup> Aber auch Zivilisten, wie der Leiter der Litzmannstädter Ghettoverwaltung, Hans Biebow, begingen Verbrechen oder hatten, wie der Amtskommissar in Zelau, Johannes Berger, keine Skrupel, bei den Aussiedlungen der Juden und der Verwertung ihrer Hinterlassenschaften mitzuwirken.<sup>92</sup>

Während der eigentliche Massenmord eine Angelegenheit der Sicherheitspolizei und – unterstützend – der Ordnungspolizei war, blieb die logistische und finanzielle Abwicklung – anders als in den übrigen ost-europäischen Vernichtungszentren – eine ausschließliche Angelegenheit der Zivilverwaltung, im einzelnen der Litzmannstädter Ghettoverwaltung und der Reichsstadthalterei, insbesondere der Abteilung I mit ihrem Leiter SS-Oberführer Herbert Mehlhorn und seinem Nachfolger SS-Obersturmbannführer Herbert Reischauer.<sup>93</sup> Dies geschah auf Anweisung Greisers, der nicht nur für die Ingangsetzung des Massenmords an den warthelandischen Juden verantwortlich war, sondern auch für alle weiteren Schritte hinsichtlich der Auflösung der Ghettos, der Vernichtung ihrer Insassen und der Verwertung ihrer Hinterlassenschaften.<sup>94</sup>

<sup>89</sup> Vgl. die Beschreibung der Aussiedlung aus Löwenstadt in: ROSENFELD, Wozu noch Welt, S. 135 f.

<sup>90</sup> LEWIŃSKI, Proces, S. 123, Zeugenaussage Sasza Lewiatin, 25.4.1947. Vgl. die Ausführungen von Klaus-Michael Mallmann in diesem Band zu den Tätern aus den Reihen der Gestapo Litzmannstadt und ihren Motiven.

<sup>91</sup> Vgl. z. B. Zeugenaussage von Jehiel N., 2.9.1963, in: BAL, 162/vorl. 203 AR-Z 161/67, Bl. 79. In diesen Justizakten gibt es noch viele weitere Belege für Fuchs' Grausamkeiten. Vgl. zu Fuchs auch die kurze Skizze von ZORN, Ostland (Anm. 88), S. 118–124.

<sup>92</sup> Ghettoverwaltung Litzmannstadt, Ribbe, an Amtskommissar Zelow, Berger, 5.1. 1943, abgedr. in: JOSEF WULF, Lodz. Das letzte Ghetto auf polnischem Boden, Bonn 1962, S. 76: „[...] und möchte nicht verfehlten, Ihnen bei dieser Gelegenheit meinen Dank und meine Anerkennung für die mir bei der Aussiedlung der Zelower Juden und Liquidierung des dortigen Ghettos geleistete Mitarbeit und Unterstützung auszusprechen.“ Zu Biebow vgl. JAN WASZCZYŃSKI, Rola Hansa Biebowa w eksterminacji mieszkańców getta w Łodzi, in: Getto w Łodzi (Anm. 63), S. 117–127.

<sup>93</sup> Vgl. den Beitrag von Peter Klein in diesem Band.

<sup>94</sup> Stapo stelle Litzmannstadt, II B 4, Lagebericht v. 9.6.1942, AIPNŁ, CA MSW 151/276, Bl. 101: „Nach Anweisung des Gauleiters sollen alle nichtarbeitsfähigen Juden evaku-

### Das „Gaughetto“ Litzmannstadt 1943/44

Nach dem vorläufigen Ende des Massenmords im September 1942 blieb das „Gaughetto“ Litzmannstadt unter Greisers Federführung bestehen.<sup>95</sup> Die Versuche Himmlers und des HSSPF in Lublin, Odilo Globocnik, zur Übernahme des Ghettos scheiterten.<sup>96</sup> Das lag vor allem am Widerstand Greisers, der zwar radikal genug war, den Massenmord in Gang zu setzen, jedoch rational genug dachte, um auf die Einnahmen aus der jüdischen Zwangsarbeit für seine Gaukasse nicht zu verzichten. Sein Widerstand war deshalb von Erfolg gekrönt, weil er mehr Machtfülle als andere Widersacher oder Mitstreiter Himmlers und zudem eine Generalvollmacht Hitlers besaß, die ihm erlaubte, mit den Juden seines Gaues nach dem Abschluss des Massenmords „nach eigenem Ermessen [zu] verfahren“.<sup>97</sup>

Durch den Fortbestand des Litzmannstädter Ghettos kam es in den Jahren 1943 und 1944 zu einem enormen Ausbau der Fertigungskapazitäten.<sup>98</sup> Dies geschah auch mit Unterstützung der Wehrmacht bzw. des Rüstungsministeriums, deren Interessen sich erst dann nicht mehr mit denen Greisers deckten, als dieser sich Mitte 1944 zwischen weiterer finanzieller Bereicherung und dem Wunsch Himmlers nach Auflösung des Ghettos entscheiden musste und sich in einer Mischung aus Loyalität und opportunistischen Gründen auf Himmlers Seite schlug.<sup>99</sup> Gegen den Widerstand von Rüstungsminister Albert Speer setzte Greiser zusammen mit Himmler durch, dass im Juni 1944 die Räumung des Ghettos begann und das reaktivierte SS-Sonderkommando Kulmhof bis Mitte Juli 1944 weitere 7.176

---

iert und die arbeitsfähigen des gesamten Gaues im Ghetto Litzmannstadt zusammengefasst werden.“

<sup>95</sup> Stadtverwaltung Litzmannstadt, Bürgermeister Marder, Vermerk v. 31.3.1943, APL, 221/VII/76, Bl. 159; FSt A Litzmannstadt, MzA Nr. 284/42, 22.4.1942, YVA, O-51/13, Bl. 319. Der Begriff „Gaughetto“ wird unter anderem in einem Lagebericht des Referats II B 4 der Stapostelle Litzmannstadt v. 9.6.1942 verwendet, AIPNŁ, CA MSW 151/276, Bl. 101.

<sup>96</sup> Ausführlich dazu: ARTUR EISENACH, Hitlerowska polityka zagłady Żydów, Warszawa 1961, S. 558–570.

<sup>97</sup> Greiser an Himmler, 21.11.1942, BAB, NS 19/1585, Bl. 17. Greiser war Gauleiter, Reichsstatthalter, Himmlers Beauftragter in dessen Eigenschaft als RKF im Warthegau, Reichsverteidigungskommissar und SS-Obergruppenführer. Er genoss zudem besonderes Vertrauen bei Hitler.

<sup>98</sup> ALBERTI, Verfolgung (Anm. \*), S. 459–471.

<sup>99</sup> Fernschreiben Greiser an Himmler, 9.6.1944, abgedr. in: Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des Zweiten Weltkrieges, hg. v. TATIANA BERENSTEIN/ ARTUR EISENACH/ BERNARD MARK/ ADAM RUTKOWSKI, Berlin (Ost) 1960, S. 370 f.

Menschen im dortigen Vernichtungslager ermordete.<sup>100</sup> Da es innerhalb der Führung in Berlin und Posen noch einmal zu kontroversen Diskussionen über das weitere Schicksal des Ghettos kam, stoppten die Todestransporte zunächst, doch entschieden sich die Vertreter des Reichssicherheitshauptamts und der warthelandischen Zivil- und Polizeiverwaltung schließlich doch für die endgültige Auflösung des Ghettos. Da viele Mitglieder der Bewachungsmannschaft des Vernichtungslagers in die Kampfgruppe Reinefarth (benannt nach dem neuen HSSPF Posen Heinz Reinefarth) für die Niederschlagung des Warschauer Aufstands integriert wurden, standen keine ausreichenden Sicherungskräfte mehr zu Verfügung, so dass die Todestransporte nach Auschwitz umgeleitet wurden.<sup>101</sup> Bis Ende August 1944 wurden 67.031 Ghettobewohner nach Auschwitz deportiert, wo die meisten von ihnen sofort nach der Ankunft in den Gaskammern ermordet wurden.<sup>102</sup>

Damit hatten die deutschen Besatzer ihr Ziel eines „judenfreien“ Warthegaus so gut wie erreicht. Ende 1944 lebten noch nur etwas über 900 Juden in zwei so genannten Aufräumkommandos in Lodz und Kulmhof. Auch von ihnen überlebte nur ein Teil die Befreiung durch die Rote Armee im Januar 1945. Auch die meisten Juden, die 1939 bis 1941 in das GG deportiert worden oder dorthin geflohen waren, dürften den Krieg nicht überlebt haben.

Von den Tätern konnte nach dem Krieg nur ein Teil belangt werden. 16 Täter wurden zum Tode verurteilt (allesamt von polnischen Gerichten), 25 Mal wurden Haftstrafen (von 13 Monaten bis lebenslänglich) ausgesprochen, drei Täter sind während der Verbüßung ihrer Haftstrafe gestorben, drei weitere wurden freigesprochen. Gegen alle anderen Täter wurde kein Urteil im Zusammenhang mit Verbrechen an Juden im Warthegau verkündet, sei es, weil sie im Krieg gefallen oder verstorben waren, nach dem Krieg sich der Ermittlung bzw. Verurteilung – zum Teil durch Selbstmord – entziehen konnten, sie in der Haft noch vor Prozessbeginn verstarben (zwei Fälle), das Verfahren eingestellt wurde (in sieben Fällen) oder sie für andere Tatkomplexe verurteilt wurden. Die meisten Täter mussten sich damit niemals für ihre Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung im Warthegau verantworten.<sup>103</sup>

<sup>100</sup> Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno, hg. v. ADALBERT RÜCKERL, München 1977, S. 282–286, 290–293.

<sup>101</sup> ALBERTI, Verfolgung (Anm. \*), S. 490 f.

<sup>102</sup> DANUTA CZECH, Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939–1945, Reinbek 1989, S. 850 ff.; ALBERTI, Verfolgung, S. 493–495.

<sup>103</sup> ALBERTI, Verfolgung (Anm. \*).